

CDU/FDP wollen das Aus für unsere Stadtwerke.



Die CDU/FDP-Landesregierung plant mit der Veränderung des § 107 der Gemeindeordnung die Arbeit der Stadtwerke in NRW wesentlich zu erschweren. Städten wie Bonn soll künftig die wirtschaftliche Betätigung nur noch erlaubt sein, wo private Unternehmen kein Interesse zeigen. Trotz des Bestandsschutzes wäre damit eine gewinnorientierte Entwicklung der Stadtwerke unmöglich. Die Stadtwerke stünden am Markt schlechter da als private Unternehmen.

Kurz gesagt: Wo Geld verdient werden kann, sollen private Unternehmen vorgezogen werden. Verlustreiche Sparten der Daseinsvorsorge (wie Busse und Bahnen) verbleiben bei der Stadt und müssen von den Bürgerinnen und Bürgern finanziert werden. CDU/FDP gefährden mit diesen Plänen viele Arbeitsplätze und die öffentliche Daseinsvorsorge.

Was bedeuten die CDU/FDP-Pläne für die Bonnerinnen und Bonner?

Beispiel: Öffentlicher Personennahverkehr

Die Bonner Stadtwerke (SWB) versorgen Bonn mit Energie (Strom und Gas) und betreiben den Bus- und Bahnverkehr. Bislang werden die Verluste beim Bus- und Bahnverkehr weitgehend durch Gewinne der Stadtwerke im Energiebereich ausgeglichen. Erst dadurch ist das gute Bonner Angebot bei Bussen und Bahnen möglich. Die CDU/FDP-Pläne hätten schlimme Folgen:

- **Stilllegung von Bus- und Bahnlinien:** Wirtschaftlich unrentable Bus- und Bahnhaltestellen könnten bei Verwirklichung der CDU/FDP-Pläne nicht mehr angefahren werden. Das dichte Bonner Bus- und Bahnnetz würde ausgedünnt.
- **Erhöhung der Fahrpreise:** Da die Verluste beim Bus- und Bahnverkehr bei Verwirklichung der CDU/FDP-Pläne nicht mehr ausgeglichen werden könnten, werden die Kosten fast vollständig auf die Fahrpreise umgelegt. Fahrkarten werden teurer und belasten besonders die Pendlerinnen und Pendler. Auch Studierende und Schüler müssten nach dem Willen von CDU/FDP für das Semesterticket tiefer in die Tasche greifen.



Bonns Zukunft sichern.



Die Bonner SPD lehnt die Änderung des § 107 ab und fordert:

- **Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge:** Jedes Unternehmen soll Gewinne für seine Eigentümer erwirtschaften dürfen. Die Eigentümer der Stadtwerke sind die Bonnerinnen und Bonner. Darum sollen sich die Stadtwerke weiterhin wirtschaftlich betätigen können und Gewinne erzielen, die der Allgemeinheit zugute kommen. Damit nehmen die Stadtwerke auch weiterhin ihre soziale Verantwortung für Bonn wahr.
- **Verlässliche Preise im öffentlichen Nahverkehr:** Die SPD unterstützt ein stabiles Preisniveau für die öffentlichen Verkehrsmittel. Leistungen müssen für alle Bonnerinnen und Bonner bezahlbar sein.
- **Umweltfreundliche Mobilität:** 20% der klimaschädlichen Treibhausgase stammen vom Verkehr. Mehr Menschen müssen darum klimafreundliche Verkehrsmittel nutzen. Darum setzt sich die SPD für einen dichten, zuverlässigen und attraktiven öffentlichen Nahverkehr ein. Mit dem neuen „Buskonzept 2008“ ist die SPD bereits stärker auf die Bedürfnisse der Pendlerinnen und Pendler eingegangen.
- **Sicherung von Arbeitsplätzen:** Die Stadtwerke gehören mit rund 2.500 Arbeitsplätzen zu den größten Arbeitgebern in Bonn. In enger Kooperation mit dem örtlichen Handwerk und der mittelständischen Wirtschaft sichern sie Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Die SPD will diese Arbeitsplätze in Bonn erhalten und Jugendlichen weiterhin den Einstieg in das Berufsleben ermöglichen.

Ulrich Kelber
Bonns Bundestagsabgeordneter

Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel (0228) 280 31 35
Fax (0228) 280 31 36
ulrich.kelber@wk.bundestag.de
www.kelber.de

Jusos in der SPD
Unterbezirk Bonn und
Hochschulgruppe Bonn
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Maas.Julia@gmail.com

www.jusos-bonn.de
www.rettet-die-uni.de

Werner Esser
Verkehrspolitischer Sprecher der
SPD-Ratsfraktion
Altes Rathaus, Markt
53103 Bonn
Tel (0228) 94 93 0915
Fax (0228) 65 82 20
esser@mieterverein-bonn.de
www.spd-bonn-im-rat.de